



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

Roosevelts Manifest und Hitlers Friedensrede

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

tags. Da wurde eine Botschaft bekannt, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Regierungen der an der Abrüstungskonferenz beteiligten und zur Weltwirtschaftskonferenz nach London eingeladenen Staaten gerichtet hatte. Roosevelt beschwor in diesem Manifest die Regierungen, die allgemeine Abrüstung durchzuführen und dadurch den Frieden zu sichern, um an die Stelle des obwaltenden Chaos eine neue Ordnung zu setzen. Der Amerikaner hatte Grund, so zu sprechen, denn sein Land war durch die Fehlleitung der Weltwirtschaft und den Zusammenbruch der Währungen in eine Krise gestürzt worden, die nicht mehr als natürliche Schrumpfung der künstlich in die Höhe getriebenen „prosperity“ bezeichnet werden konnte, sondern das Ende der Ära amerikanischer Expansion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ankündigte. Amerikas „Pionier“-Zeitalter ging mit dieser Krise zu Grabe. Der Schatten Japans stand hinter Roosevelts Manifest.

Die Friedensbotschaft aus Amerika bereitete Hitlers Erklärungen den Weg. Sie hatte aber auch die französische Regierung von der Notwendigkeit behutsamen Vorgehens überzeugt. Es wurde wieder ruhiger im Elsaß. Die gefahrdrohende Spannung erschien also schon etwas gemildert, als Hitler am 17. Mai vor den Reichstag trat. Da Roosevelts Appell aber nur dann Erfolg versprach, wenn der Präsident bereit war, die ganze wirtschaftliche und militärische Kraft seines Landes für die Lösung der von ihm den Mächten gestellten Aufgaben einzusetzen, und daran in diesem Augenblick nicht zu denken war, blieb die Lage noch ernst und bedrohlich genug. Die europäische Zusammenarbeit stand vor einer Zerreißprobe. Es war also eine Schicksalsstunde für alle Welt, als Adolf Hitler am 17. Mai vor versammeltem Reichstag das Wort ergriff.

Noch einmal saßen die Parteien im Ring, die am 23. März über das Ermächtigungsgesetz der nationalen Regierung abgestimmt hatten. Noch einmal stand diese Regierung vor dem Reichstag. Die Regierung war noch dieselbe, aber in den Reihen der Sozialdemokratie klappten große und in denen des Zentrums kleinere Lücken. Die in Schutzhaft genommenen oder in eine Untersuchung verwickelten Abgeordneten fehlten. Es handelte sich auch diesmal um eine Rundgebung, deren Verlauf im voraus feststand. Die Regierung hatte die

von Hitler abzugebende Erklärung den Parteien zugänglich gemacht und diese ihre Beschlüsse gefaßt. Dieser Ernst lag über der Versammlung, die Diplomatenloge war überfüllt. Göring leitete die Sitzung als Präsident des Reichstags mit dem Hinweis ein, daß es sich um eine Schicksalsfrage der Nation handele, zu der die Regierung sich zu äußern wünsche. Dann nahm der Kanzler das Wort.

Hitler spannte den Rahmen weit, um die großen Probleme, die alle Welt erregten und von deren Lösung die politische Befriedung und die wirtschaftliche Rettung Europas abhingen, von unten auf darzustellen. Er ging auf die Friedensverträge zurück und erklärte, daß die Ursache der Krise in den Mängeln dieser Verträge zu finden sei. Nicht der Volksredner, sondern der Staatsmann, nicht der Parteiführer, sondern der Staatslenker sprach. Er hatte noch nie so abgewogen, so ganz dem Gedankengang verhaftet gesprochen. Er hatte aber auch nie ruhiger und beherrschter auf der Tribüne gestanden.

Von den Friedensverträgen ausgehend, kam er zu der Revisionsbedürftigkeit dieser Verträge, die von den Vertragsherren selbst anerkannt worden sei, ohne daß die in den Vertragsinstrumenten angebrachte rechtliche Verankerung der Revision bis anhin an die Hand genommen worden wäre, und faßte dann die politischen, auf der Nationalidee ruhenden Probleme, die in diesen Verträgen keine Lösung gefunden hätten, an der Wurzel. Er sprach vom Durchbruch des nationalen Prinzips als eines neuen Ideals, das in den Verträgen keine Berücksichtigung gefunden habe, und fuhr fort:

„Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höheren Aufgaben für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung und Neuordnung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip im höchstmöglichen Umfang gerecht wurde. Je klarer durch diese Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr mußte damit eine große Reihe von künftigen Konfliktmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick in die Zukunft vielleicht für Sieger und Besiegte die Blutopfer des großen Krieges als doch nicht